

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Heike Koehler (CDU)

**Bevölkerungsschutz gemeinsam stärken - welche Strategie verfolgt die Landesregierung zur stärkeren Einbindung der Bevölkerung in den Zivil- und Katastrophenschutz?**

Anfrage der Abgeordneten Heike Koehler (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 13.10.2026

Die Anforderungen an den Bevölkerungsschutz haben sich in den vergangenen Jahren erheblich verändert. Extremwetterereignisse, Hochwasserlagen, langanhaltende Stromausfälle, Pandemien, Cyberangriffe sowie die veränderte sicherheitspolitische Lage in Europa verdeutlichen, dass die Vorsorge für außergewöhnliche Krisen- und Katastrophenlagen zunehmend an Bedeutung gewinnt.<sup>1</sup>

Ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz setzt jedoch nicht nur gut ausgestattete Feuerwehren, Rettungsdienste, Hilfsorganisationen, das Technische Hilfswerk und leistungsfähige Katastrophenschutzbehörden voraus. Auch die Bevölkerung selbst ist ein wichtiger Bestandteil einer widerstandsfähigen Gesellschaft. Kenntnisse in Erster Hilfe, Wiederbelebung, Selbstschutz, Krisenvorsorge und Nachbarschaftshilfe können in Krisensituationen einen entscheidenden Beitrag leisten.<sup>2</sup>

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe weist darauf hin, dass staatliche Stellen und Bevölkerung gemeinsam Verantwortung für eine wirksame Krisenvorsorge tragen. Daher gewinnt die Frage an Bedeutung, wie Bürgerinnen und Bürger besser informiert, vorbereitet und aktiv in die Strukturen des Bevölkerungsschutzes eingebunden werden können. Neben der Stärkung der Eigenvorsorge kommt auch der Sicherung des ehrenamtlichen Engagements eine zentrale Bedeutung zu. Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Rettungsdienste und weitere Akteure sind auf eine ausreichende Zahl engagierter Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

1. Verfolgt die Landesregierung eine ressortübergreifende Strategie zur Stärkung der Resilienz der Bevölkerung sowie des Zivil- und Katastrophenschutzes? Falls ja, wie ist diese ausgestaltet, und welche konkreten Ziele verfolgt sie?
2. Welche Maßnahmen werden bereits umgesetzt, um die Bevölkerung auf außergewöhnliche Gefahren-, Krisen- und Katastrophenlagen vorzubereiten, und welche weiteren Maßnahmen sind geplant?
3. Welche Bedeutung misst die Landesregierung der regelmäßigen Aus- und Fortbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe, Wiederbelebung, Selbstschutz und Krisenvorsorge bei? Welche Zielsetzung verfolgt die Landesregierung, um diese Kenntnisse flächendeckend zu erhöhen, und gibt es hierzu konkrete Zielgrößen oder Zeitpläne?
4. Welche Programme oder Initiativen unterstützt das Land, um mehr Bürgerinnen und Bürger für eine Qualifizierung als Ersthelferin oder Ersthelfer sowie für ein ehrenamtliches Engagement im Bevölkerungsschutz zu gewinnen?
5. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die Anzahl qualifizierter Ersthelferinnen und -helfer in Niedersachsen vor, und welche digitalen Ersthelfersysteme bestehen derzeit? Wie viele Kommunen nutzen diese Systeme, und welches Ausbaupotenzial sieht die Landesregierung?

---

<sup>1</sup> <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2024/06/rahmenrichtlinie-gesamtverteidigung.html>

<sup>2</sup> [https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/Buergerinformationen/Ratgeber/BBK-Vorsorgen-fuer-Krisen-und-Katastrophen.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=44](https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/Buergerinformationen/Ratgeber/BBK-Vorsorgen-fuer-Krisen-und-Katastrophen.pdf?__blob=publicationFile&v=44)

6. Welche Rolle können qualifizierte Ersthelferinnen und -helfer nach Auffassung der Landesregierung künftig für die Stärkung der Rettungskette sowie des Zivil- und Katastrophenschutzes übernehmen?
7. Welche Unterstützung erhalten die Kommunen durch das Land bei der Entwicklung eigener Konzepte zur Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung, beispielsweise durch Informationsangebote, Schulungen oder lokale Versorgungskonzepte?
8. Welche finanziellen Mittel stellt die Landesregierung den Kommunen zur Verfügung oder plant sie bereitzustellen, um Maßnahmen zur Stärkung der Eigenvorsorge und Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung sowie zur Verbesserung der lokalen Krisenvorsorge umzusetzen?
9. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, wie gut die Bevölkerung in Niedersachsen auf länger andauernde Krisenlagen vorbereitet ist, beispielsweise hinsichtlich privater Notfallvorsorge, Vorratshaltung, Kenntnis von Warn- und Informationswegen sowie Verhaltensempfehlungen im Krisenfall?
10. Welche Bedeutung misst die Landesregierung der Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen für Erste Hilfe, Notfallvorsorge und gesellschaftliches Engagement im Bevölkerungsschutz bei, und welche Maßnahmen werden hierzu an Schulen und Bildungseinrichtungen umgesetzt?
11. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Entwicklung der Mitgliederzahlen und zur Nachwuchsgewinnung bei Feuerwehren, Hilfsorganisationen, dem Technischen Hilfswerk und weiteren Akteuren des Bevölkerungsschutzes vor, und welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung zur langfristigen Sicherung des Ehrenamtes?
12. Wie unterstützt die Landesregierung die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Rettungsdiensten, dem Technischen Hilfswerk und weiteren Akteuren des Bevölkerungsschutzes?
13. Wie bewertet die Landesregierung die bestehenden Warn- und Informationssysteme für die Bevölkerung - insbesondere Cell Broadcast, Warn-Apps und Sirenen -, und welche Maßnahmen sind zu deren Weiterentwicklung vorgesehen?
14. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über Konzepte anderer Bundesländer zur stärkeren Einbindung der Bevölkerung in den Bevölkerungsschutz vor, und welche Ansätze hält sie für Niedersachsen für geeignet?
15. Welche weiteren Maßnahmen plant die Landesregierung gegebenenfalls, um die Eigenvorsorge, die Hilfsbereitschaft und die gesellschaftliche Resilienz der Bevölkerung in Niedersachsen nachhaltig zu stärken?